

Geschäftszahlen:

BJA: 2026-0.884.990

BMWKMS: 2026-0.884.981

BMEIA: 2026-0.684.852

67/31

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Österreichs Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Periode 2027-2028

Am 3. Juni 2026 wurde Österreich von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in einer kompetitiven Wahl für die Periode 2027-2028 als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-Sicherheitsrat) gewählt. Mit 131 Stimmen setzte sich Österreich bereits im ersten Wahlgang durch. Dieses Ergebnis ist ein Vertrauensbeweis für die österreichische Außenpolitik. Die Mitgliedschaft ab 1. Jänner 2027 gibt Österreich als neutralem Staat die Möglichkeit, international Verantwortung zu übernehmen und einen aktiven Beitrag zu Frieden und Sicherheit zu leisten. Davon profitieren letztlich auch die Menschen in Österreich, der Wirtschaftsstandort Österreich und der soziale Frieden, der auf internationale Stabilität und verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen ist.

Der Wahlerfolg ist das Ergebnis einer gesamtstaatlichen Anstrengung. Der Bundespräsident, Mitglieder der Bundesregierung, das Parlament, die Sonderemissäre für die Kandidatur sowie die österreichischen Vertretungsbehörden haben gemeinsam dazu beigetragen. Österreich hat im Wahlkampf auf Partnerschaft, Dialog und Vertrauen gesetzt. Als verlässlicher Partner begegnet unser Land anderen Staaten auf Augenhöhe und hält in Zeiten zunehmender Polarisierung Gesprächskanäle offen.

Nach dem 70. Jahrestag des österreichischen Beitritts zu den Vereinten Nationen im Jahr 2025 wird Österreich nun zum vierten Mal dem VN-Sicherheitsrat angehören. In einer Zeit von Kriegen, geopolitischen Spannungen und wachsendem Druck auf internationale Regeln ist diese Verantwortung besonders groß. Gerade für ein Land wie Österreich ist eine Weltordnung entscheidend, in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt. Sicherheit entsteht durch Zusammenarbeit, verlässliche Regeln und die

Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, in unserer europäischen Nachbarschaft ebenso wie weltweit.

Österreich wird seine Mitgliedschaft nutzen, um entlang seiner außenpolitischen Prioritäten klare Akzente zu setzen. Dabei verbinden wir bewährte Schwerpunkte wie den Schutz von Menschen in bewaffneten Konflikten und die Stärkung des Völkerrechts mit Antworten auf neue Bedrohungen für Frieden und Sicherheit:

- **Schutz von Zivilpersonen, insbesondere von Kindern:** Der Schutz der Zivilbevölkerung ist seit Langem ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik. Während der letzten österreichischen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat wurde die Resolution 1894 zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten angenommen. Daran knüpfen wir an. Österreich wird sich insbesondere für den Schutz von Kindern und von Menschen in bewaffneten Konflikten, für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie für den Schutz humanitärer Helferinnen und Helfer, des medizinischen Personals und von Journalistinnen und Journalisten einsetzen. Wo Krieg geführt wird, darf der Schutz unschuldiger Menschen nicht zur Nebensache werden.
- **Frauen, Frieden und Sicherheit:** Frauen müssen in allen Phasen von Friedensprozessen wirksam einbezogen werden. Österreich wird sich konsequent für die Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ auf Grundlage der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 einsetzen. Dabei bauen wir auf unserem langjährigen Engagement auf, das zuletzt durch eine internationale Konferenz in Wien im Februar 2026 bekräftigt wurde.
- **Neue Herausforderungen für Frieden und Sicherheit:** Künstliche Intelligenz und neue Technologien bieten große Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, wissenschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand weltweit. Diese Chancen gilt es gemeinsam zu nutzen und durch innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sowie internationale Zusammenarbeit zu fördern. Gleichzeitig verändern die Risiken und potentiellen Gefahren von künstlicher Intelligenz und neuen Technologien die Kriegsführung und erfordern ein entschlossenes und abgestimmtes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft. Österreich wird die Auswirkungen des Einsatzes autonomer Waffensysteme und künstlicher Intelligenz im militärischen Bereich und mögliche Lösungsansätze thematisieren und sich für eine sichere, verantwortungsvolle und menschenzentrierte Entwicklung und Anwendung von KI einsetzen. Gerade bei Waffensystemen müssen Menschen die Kontrolle und Verantwortung über Entscheidungen zum Einsatz von Gewalt behalten. Auch Desinformation kann

Konflikte anheizen und Friedensbemühungen untergraben. Zugleich können die Folgen des Klimawandels bestehende Krisen verschärfen, etwa wenn Wasser und andere lebenswichtige Ressourcen knapp werden. Österreich wird diese Risiken dort aufgreifen, wo sie Frieden und internationale Sicherheit konkret berühren.

- **Friedensmissionen:** Österreich hat eine lange Tradition in der internationalen Friedenssicherung. Seit 1960 wurden mehr als 140.000 Österreicherinnen und Österreicher zu friedenserhaltenden Missionen entsandt. Friedensmissionen können Gewalt eindämmen, Menschen schützen und die Voraussetzungen für dauerhafte Stabilität schaffen. Damit sie diese Aufgaben erfüllen können, brauchen sie klare und umsetzbare Mandate, ausreichende Mittel und eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Partnern. Österreich wird sich daher für wirksame VN-Friedensmissionen und für eine stärkere Partnerschaft mit Organisationen wie der Afrikanischen Union einsetzen. Funktionierende VN-Friedensmissionen verhindern Gewalt, stabilisieren Regionen und reduzieren Fluchtbewegungen.
- **Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung:** Unser Engagement in den VN dient auch dazu, Menschen zu ermächtigen, sich aus Armut zu befreien und Wohlstand zu schaffen. Humanitäre Hilfe ist in akuten Krisen unverzichtbar; für nachhaltige Stabilität braucht es darüber hinaus wirtschaftliche Chancen, verlässliche Partnerschaften und Zugang zu lebenswichtiger Versorgung. Österreich wird sich dafür einsetzen, Konfliktprävention, Friedensförderung und nachhaltige Entwicklung besser miteinander zu verbinden. Dazu gehört auch die Versorgungssicherheit, insbesondere im Energiebereich.
- **Rechtsstaatlichkeit und Reform:** Internationale Regeln schaffen Verlässlichkeit – gerade für Staaten, die ihre Sicherheit nicht allein aus eigener Macht gewährleisten können. Österreich wird für die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte eintreten und sich für einen handlungsfähigen, transparenten und effizienteren VN-Sicherheitsrat einsetzen. Dazu gehört, betroffene Staaten und Regionen stärker einzubinden und die Vereinten Nationen dort zu reformieren, wo dies ihre Wirksamkeit verbessert.
- **Grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus:** Organisierte Kriminalität, illegaler Waffenhandel und Terrorismus verschärfen Konflikte und erschweren den Aufbau stabiler staatlicher Strukturen. Österreich wird sich dafür einsetzen, diese Zusammenhänge in der Arbeit des VN-Sicherheitsrates stärker zu berücksichtigen. Dabei greifen wir auch auf die Expertise des in Wien angesiedelten Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zurück. In der Bekämpfung der Proliferation von Waffen und Munition verfügt Österreich

über langjährige Erfahrung in der Lagersicherheit und setzt dazu Projekte im Bereich der militärischen Beratung und Unterstützung in Schwerpunktländern und -regionen im Rahmen von Missionen und Operationen um.

Als Sitzstaat trägt Österreich eine besondere Verantwortung für die internationale Zusammenarbeit. Wien ist Gastgeber zahlreicher internationaler Organisationen und ein Ort, an dem Staaten auch in schwierigen Zeiten miteinander sprechen und Lösungen verhandeln können. Dazu zählen neben den Vereinten Nationen unter anderem die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO). Eine aktive Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat stärkt auch die Rolle Wiens als internationaler Ort des Dialogs.

Österreich kann dabei auf seinen Ruf als verlässlicher Partner, seinen Einsatz für das Völkerrecht und die Menschenrechte sowie seine Arbeit für Abrüstung und Rüstungskontrolle aufbauen. Die Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat ist eine Investition in Frieden und Sicherheit, in Österreichs internationale Handlungsfähigkeit, in den Amtssitz Wien – und leistet damit auch einen Beitrag zur internationalen Positionierung des Wirtschafts- und Diplomatiestandorts Österreich.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

21. Oktober 2026

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Andreas Babler, MSc
Vizekanzler

Mag.a Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin